

stadtrotinfo

Alles o.k. bei den Gaspreisen?

Rat lehnt Überprüfung der Kalkulation der Stadtwerke ab

Seite 2



Linke Perspektiven zum Strukturwandel

Workshop der PDS-Fraktion im RVR und des PDS-Landesvorstandes NRW

Seite 4

Auch in Essen Migranten ausgebürgert

Neues Staatsbürgerschaftsrecht löst Probleme nicht

Seite 6

Kein Platz für Neonazis

Breites Bündnis gegen faschistische Provokation am 16. April

Am 16. April 2005 wollen schon wieder Nazis in Essen marschieren. Der Aufruf für den von zwei landesweit bekannten, einschlägig vorbestraften Neonazis aus Köln und Dortmund angemeldeten Aufmarsch ist mit der Losung „Keine Waffen für Israel!“ überschrieben.

Hinter dem Aufruf, der Verschwörungstheorien gegenüber dem Staat Israel entwickelt und so auf subtile Weise Antisemitismus schürt, steht ein bundesweiter Aufrufkreis faschistischer Gruppierungen aus der militanten Neonazi-Szene. In rechten Internet-Foren zeichnet sich ab, dass der Aufmarsch viel Resonanz findet. Doch auch die Gegenmobilisierung vor Ort ist breiter denn je. In kurzer Zeit unterschrieben über 700 Personen den Aufruf „Essen stellt sich quer! Kein Platz für Neonazis und Rechtsextremisten in unserer Stadt“. Darin heißt es: „60 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und der Befreiung Europas von der Nazi-Diktatur schüren sie alten und neuen Antisemitismus ... Vor dem Hintergrund des 60. Jahrestages der Befreiung von Nazi-Regime und Krieg am 8. Mai sowie den Landtagswahlen am 22. Mai rufen wir die Essener Bevölkerung auf: Fordern Sie mit uns das Verbot

der Nazi-Demonstration! ... Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Beteiligen Sie sich an der geplanten Gegenveranstaltung!“

Zu den Erstunterzeichnern gehören die Vorsitzenden bzw. Geschäftsführer der Essener DGB-Gewerkschaften, die Superintenden-ten der Evangelischen Kirche,

Otmar Vieth (Stadtdechant der Katholischen Kirche), Okur Mustafa (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Ruhr), Muhammet Balaban (Vorsitzender des Integrationsbeirates), Prof. Dr. Martin Pfeffer (Rektor der Folkwang Hochschule), Bernd Schindowski (Ballett-Direktor) und Roberto Ciulli (Intendant des Theaters an der Ruhr, Mülheim). Auch SPD, Grüne, PDS, DKP und AUF haben unterschrieben. CDU, FDP und EBB fehlen bisher noch.



Über 200 Menschen demonstrierten am 18.3. in E.-Altendorf gegen einen Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim an der Wüstenhöfer Strasse. Wer den Anschlag verübt hat, ist nicht klar.

Der Rat der Stadt hat sich jedoch eindeutig geäußert. PDS, DKP und AUF hatten bei der letzten Ratssitzung einen entsprechenden Tagesordnungspunkt beantragt. Der Oberbürgermeister schlug daraufhin eine Resolution vor, die einstimmig verabschiedet wurde. Auch der Rat fordert darin ein Verbot der Demonstration und ruft alle Essener Einwohnerinnen und Einwohner zur Gegenwehr auf. Falls der Polizeipräsident den Nazi-Aufmarsch nicht noch verbietet, wird es zu einer breiten Gegenaktion kommen. Der Runde Tisch hat gleich nach Bekanntwerden der Anmeldung der Nazis für sämtliche in Frage kommenden Plätze in Essen Gegenkundgebungen angemeldet. Die Gegenaktionen sollen mit einer Kundgebung auf dem Willi-Brandt-Platz am 16.4. morgens beginnen. Anschließend ist eine Demonstration in die Nähe des Nazi-Aufmarsches geplant. Und auch in den Stadtteilen vor Ort soll deutlich werden: Nazis sind in Essen unerwünscht!

Wolfgang Freye

Kommunaler Ausverkauf gestoppt

„Riesenerfolg“ des Bürgerentscheides gegen Privatisierung in Mülheim

Der Erfolg hat viele überrascht. 27.435 Mülheimer Bürgerinnen und Bürger stimmten am Sonntag, 27.2.2005, einem „vorbeugenden Bürgerentscheid“ zu, mit dem die weitere Privatisierung kommunalen Eigentums in Mülheim zunächst gestoppt wurde. Das in NRW hohe Quorum von 20 % der Wahlberechtigten wurde damit um 248 Stimmen überschritten.

Der Jubel der Träger des Bürgerbegehrens, eines Bündnisses von attac, der Gewerkschaft ver.di, der zweiköpfigen Ratsfraktion „Wir aus Mülheim“, der Grünen und vor allem der seit der letzten Kommunalwahl mit fünf Mandaten im Rat vertretenen Mülheimer Bürger-Initiativen (MBI), war groß. Er bindet die Verwaltung und die privatisierungsfreudige Ratsmehrheit rechtlich für zwei Jahre, politisch wahrscheinlich viel länger.

SPD, CDU und FDP haben in Mülheim in den letzten Jahren große Teile der Abfallentsorgung und der Energie- und Wasserversorgung an den RWE-Konzern verkauft. Während der Konzern Jahr für Jahr neue Spitzenprofite vermeldet, stiegen Müllgebühren, Gas- und Wasserpreise in Mülheim deutlich.

Der RWE-Konzern bedankte sich erst Anfang des Jahres bei der

Mülheimer Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und berief sie in den Aufsichtsrat. Dass sie dafür 99.000 Euro im Jahr an Aufwandsentschädigung erhält, von denen Frau Mühlenfeld zunächst keinen Cent an die Stadt abführen wollte, deckten die MBI auf. Frau Mühlenfelds Begründung: Sie sei als Privatperson in den Aufsichtsrat berufen worden, nicht als Oberbürgermeisterin. Damit setzte sie die Argumentation ihres Vorgängers im RWE-Aufsichtsrat fort.

Das war der ehemalige Oberhausener Oberbürgermeister Jochen Drescher (SPD), der vor einem

Jahr auf einen lukrativen Posten bei der Ruhrkohle AG wechselte und sein Aufsichtsratsmandat genau deshalb aufgab – er war eben nicht mehr Oberbürgermeister, rein privat, versteht sich. Insofern ist der Erfolg des Bürgerbegehrens auch ein Signal gegen den in Mülheim besonders dicken Filz.

Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten

Der Erfolg des Bürgerentscheides war alles andere als absehbar, denn es gab keinen konkreten Privatisierungsbeschluss des Ra-

Fortsetzung S.3

Alles o.k. bei den Gaspreisen?

Rat lehnt Überprüfung der Kalkulation der Stadtwerke ab

Zur Ratssitzung im Januar brachte die PDS gemeinsam mit den Vertretern von DKP und AUF den Antrag ein, dass die Stadtwerke Essen die Kostenkalkulationen zur Gaspreisberechnung offenlegen sollen. Hintergrund war die anhaltende Kritik der Verbraucherschützern, die immer wieder betonen, dass diese deutschlandweiten Preiserhöhungen nicht notwendig sind.

In meiner Rede zur Begründung des Antrages heißt es: „Solange die Stadtwerke Essen sich weigern, die Berechnungsgrundlage für die angekündigte Preiserhöhung offen zu legen, steht diese im Verdacht der Unbilligkeit.“

Nach § 315 BGB haben die Kunden gegenüber dem Versorger einen rechtlichen Anspruch auf Darlegung und Nachweis der Plausibilität und Billigkeit der einseitigen Preisfestsetzung ... Wenn der Sprecher der Stadtwerke über die Presse mitteilt, dass die angestrebte Erhöhung deutlich über 3 % liegen soll (NRZ, 28.12.2004), vor dem Hintergrund einer bereits ebenso strittigen 9 %igen Erhöhung des Gaspreises im Oktober letzten Jahres, und dabei gleichzeitig verlangt, dass den Stadtwerken Essen zugestanden wird, dass die Preiskalkulation ein Betriebsgeheimnis ist und bleiben soll, dann lässt er Raum für Spekulationen über die

tatsächliche Notwendigkeit dieser geplanten Erhöhung.“

Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen, SPD, FDP und REP abgelehnt. Mit densel-

ben Stimmen wurde stattdessen eine Satzungsänderung bei den Stadtwerken durchgesetzt. Dadurch ist nun geregelt, dass der Aufsichtsrat Preisänderungen im Bereich der Kleinverbraucher nicht mehr zustimmen muss, der Vorstand kann diese nun allein beschließen. Damit wurde einmal mehr ein wichtiges politisches Kontrollinstrument leichtfertig aus der Hand gegeben.

Immerhin haben die Stadtwerke in der gleichen Ratssitzung angekündigt, eine unabhängige Wirtschaftsberatungsgesellschaft mit der Prüfung der Gaspreise zu beauftragen. Diese Ankündigung ist offensichtlich eine Antwort auf die Proteste und den Antrag von PDS, DKP und AUF. Vergebens war der Antrag also nicht.

Markus Renner

Gaspreiserhöhungen ohne Ende

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate wollen die Stadtwerke Essen die Gaspreise erhöhen. Der Arbeitspreis soll ab 1. April einschließlich Mehrwertsteuer um 0,31 Cent pro Kilowattstunde steigen. Rund 6 % macht dieser erneute „Schluck aus der Pulle“ aus, nach einer 9%igen Erhöhung im letzten Oktober. Die Gaspreise sind an den Ölpreis gekoppelt, die Erhöhungen werden mit gestiegenen Ölpreisen begründet. Die tatsächlichen Rohstoffkosten sind jedoch nicht gestiegen. Deshalb kritisieren auch die Verbraucherschützer die Erhöhungen. In vielen Städten regt sich Widerstand. Auch in Essen haben nach eigenen Angaben der Stadtwerke inzwischen 1.500 Kunden Widerspruch eingelegt und teilweise die Abschlagszahlungen gekürzt.

Die Stadtwerke verweisen darauf, dass sie nur die von E.ON als Gaslieferant der Stadtwerke erhöhten Preise weitergegeben haben. Die Wirt-

schaftsprüfungsgesellschaft Wibera hat das inzwischen bestätigt. Doch auch in diesem Fall stellt sich die Frage, warum die Stadtwerke als Endlieferant die E.ON-Erhöpfung klaglos akzeptieren. In Städten, in denen E.ON oder ähnliche Vorlieferanten die Endverbraucher direkt beliefern, klagen inzwischen Privatleute gegen die Vorlieferanten. Warum prüfen die Stadtwerke als kommunales Unternehmen nicht auch solche Schritte? Immerhin ist bekannt, dass E.ON in den letzten Jahren stets hohe Gewinne eingefahren hat.

Bernhard Görge, Geschäftsführer der Stadtwerke, hat angekündigt, die gekürzten Gelder bei der Jahresabrechnung einzuklagen. Ob sie es wirklich tun, wird sich zeigen. Denn dann müssten die Stadtwerke ihre Kalkulation offen legen. Die Gründe für einen Widerspruch wachsen indessen: Schon im Oktober 2005 steht möglicherweise eine weitere Erhöhung an.

Mieterschutz dringender denn je

Massenhafter Verkauf von Werkwohnungen im Ruhrgebiet

Rund 110.000 ehemalige Werkwohnungen haben die zur Veba gehörende Viterra, die Bundesversicherungsanstalt Gagfah, Thyssen-Krupp und das RWE im letzten Jahr allein im Ruhrgebiet an Finanzkonsortien verkauft. Allein 48.000 Wohnungen, 11.000 davon in Essen, verkaufte Thyssen-Krupp-Immobilien kurz vor Jahresende an die US-Bank Morgan Stanley und die Corpus-Immobiliengruppe. Inzwischen will auch Viterra weitere Bestände verkaufen. Damit wird der Bestand an Wohnungen von früher gemeinnützigen Wohnungsunternehmen im Ruhrgebiet weiter drastisch reduziert.

Dieser geballte Verkauf von Werkwohnungen schafft Handlungsbedarf für das Land NRW und für die Kommunen. Verhindert werden muss vor allem, dass die Verkäufe zu Nachteilen für die jetzigen Mieter führen. Das ist umso notwendiger, als es den Finanzkonsortien mit US- oder britischer Beteiligung, die die Wohnungsbestände aufgekauft haben, offensichtlich um einen Weiterverkauf der Wohnungen an private Dritte geht. Auf dem Mietmarkt sind im Ruhrgebiet jedenfalls keine hohen Renditen zu erzielen. Die Mieten sind vergleichsweise niedrig, viele Wohnungen stehen leer, die Armut

nimmt zu. Der Markt für Wohnungen zur Eigentumbildung wächst jedoch auch im Ruhrgebiet. Für viele, die es sich leisten können geht es dabei auch um Alterssicherung. Da die Wohneigentumsquote im Ruhrgebiet die EU-weit niedrigste ist, versprechen sich die Finanzkonsortien hier lukrative Geschäfte.

Die Mieterverbände sind deshalb alarmiert und haben die Landesregierung aufgefordert, in Richtung Verbesserung des Mieterschutzes tätig zu werden. Die PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen hat im Januar einen Antrag in der gleichen Richtung in den Rat eingebracht. Darin sollte die

Stadt verpflichtet werden, sich insbesondere gegenüber Thyssen-Krupp für Regelungen zum Mieterschutz einzusetzen, die über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen. Der Rat verwies den Antrag am 26.1.2005 an den Planungsausschuss.

Schwarz-Grün lehnt ab

Der Planungsausschuss hat sich inzwischen zusammen mit dem Wohnungsbericht mit dem PDS-Antrag befasst. Wer jedoch gedacht hat, gerade die Grünen erinnerten sich an ihre Tradition im Mieterschutz, wurde bitter enttäuscht. SPD und EBB unterstützen den Antrag als sinnvolle Ergänzung zum Wohnungsbericht, die schwarz-grüne Mehrheit hielt ihn für überflüssig und lehnte ihn ab.

Die Forderungen nach einem dauerhaften Kündigungsschutz, einem lebenslangen Wohnrecht für Mieter/innen über 65 Jahre und

Schutz vor Mieterhöhungen sind jedoch nach wie vor aktuell. Die Mieter/innen von Thyssen-Krupp, die erst aus den Medien vom Abschluss des Verkaufs erfuhren, haben absolut keine über den gesetzlichen Schutz hinausgehende Absicherung. Und auch Viterra, die „ihren“ Mietern bei Wohnungsverkäufen in der Vergangenheit die genannten Forderungen zusicherte, will heute nicht mehr zugestehen, als die gesetzlichen Rechte. Alles andere würde nach eigenen Angaben den Verkaufspreis drücken.

Geklärt werden müsste schließlich der stadtplanerische Aspekt der Wohnungsverkäufe. In Essen stellt sich z.B. die Frage, ob die neuen Eigentümer der 11.000 Thyssen-Krupp-Wohnungen an dem von der Arbeitsgemeinschaft Essener Wohnungsbauunternehmen begonnenen, von der Stadt moderierten Stadtteil-Sanierungsprogramm festhalten. Auch dieser Punkt ist noch offen. (wof)

PDS tritt zu den Landtagswahlen am 22. Mai an

Sozial mit aller Kraft!



MARTIN BURWICK



CORNELIA SELTMANN



BÜLENT KARAKUS



GÜNTER WOLF

„Soziale Alternative für NRW – Protest braucht eine linke Stimme: PDS“. So ist das Wahlprogramm der PDS für die Landtagswahl am 22. Mai 2005 überschrieben. Nach dem erfolgreichen Abschneiden bei den Kommunalwahlen 2004 tritt die PDS zum zweiten Mal flächendeckend zu einer Landtagswahl in NRW an. „Von NRW wird das Signal ausgehen: Die PDS kämpft bundesweit um Alternativen zum Kartell der sozialen Kälte der Parteien, die Deutschland einen neoliberalen Stempel aufdrücken wollen.“ So umriss der Bundeswahlkampfleiter der PDS, Bodo Ramelow, auf dem Landesparteitag der PDS NRW Ende Januar in Hagen die Ziele der PDS bei der Landtagswahl.

Paul Schäfer, Landessprecher der PDS (Köln), und Claudia Radtke, Personalrätin bei der Post (Wuppertal) führen die Landesliste an. Mit Professor Wolfgang Dreßen, Leiter der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf, konnte die PDS NRW einen engagierten und anerkannten Wissenschaftler gewinnen. Zusammen mit drei Migranten auf der Liste steht er für eine zentrale Aussage der Landespolitischen Erklärung der PDS: „Wir werden dabei mithelfen, dass dem rechten Mob nicht die Straße überlassen wird und wollen dazu beitragen, einen Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern. Dafür kommt es auch auf eine

hohe Wahlbeteiligung an!“ Die PDS Essen hat im Wahlkreis Essen I – Mülheim II (nördliche Stadtteile) Günter Wolf (49 Jahre, Gewerkschaftssekretär bei ver.di in Gelsenkirchen) als Landtagskandidaten aufgestellt, im Wahlkreis Essen II (östliche Stadtteile)

Bülent Karakus (31 Jahre, Lagerist, zur Zeit in der Ausbildung zum Lagermeister), im Wahlkreis Essen III (Innenstadt, Westen) Martin Burwick (18 Jahre, Auszubildender zum Kinderpfleger) und im Wahlkreis Essen IV (südliche Stadtteile) Cornelia Seltmann (41 Jahre, Dokumentationsassistentin). Günter Wolf und Bülent Karakus sind parteilos. Bülent Karakus arbeitet politisch seit langem bei der türkischen Arbeitervereinigung DİDF mit und kandidierte auf der „Liste für Gleiche Rechte“ für den Ausländerbeirat. Martin Burwick, der im Dezember auch neu in den Kreisvorstand der PDS gewählt wurde, dürfte mit gerade

18 Jahren einer der jüngsten Kandidaten landesweit sein. Die nötigen 100 Unterschriften pro Wahlkreis zur Unterstützung der Kandidaturen wurden inzwischen gesammelt und eingereicht.

„Bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten sind wir unserem Prinzip der ‚Offenen Liste‘ treu geblieben,“ heißt es in einer Pressemitteilung des PDS-Kreisvorstandes. „Wir haben eine bunte, schlagkräftige ‚Truppe‘, die verschiedene politische Felder abdeckt. Im Wahlkampf wollen wir deutlich machen, dass es auch bei der Landtagswahl eine linke, soziale Alternative auf dem Stimmzettel gibt.“ In diesem Sinne hat die PDS NRW hat die Landesregierung aufgefordert, die Folgen der Hartz IV-Gesetze nicht erst am Ende des Jahres zu prüfen. Die PDS fordert eine Bundesratsinitiative des Landes, um wenigstens die schlimmsten Regelungen des Gesetzes zu Fall zu bringen. Dazu gehört auch die Anhebung des ALG II auf ein existenzsicherndes Niveau.

(Wolfgang Freye)

Kommunaler Ausverkauf gestoppt

Fortsetzung v. S.1

tes. In der Diskussion waren allerdings der Verkauf von zwei städtischen Altenheimen und die Übertragung von Schulen an private Bauunternehmen. Das brachte das Faß zum Überlaufen und dem ersten „vorbeugenden Bürgerentscheid“ gegen den kommunalen Ausverkauf Zuspruch. Die komplizierte Frage lautete: „Soll die Stadt Mülheim an der Ruhr es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung neuer bzw. der Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge (insbesondere im Bereich der Entsorgung, der Stadtentwässerung, der Versorgung mit Energie und Wasser, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Altenpflege, der Stadtbücherei und der Unterhaltung von städtischen Gebäuden und Anlagen) Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen?“ Die einfache Antwort war „Ja“.

Lothar Reinhard, Fraktionsvorsitzender der MBI, sieht das Ergebnis denn auch als „Riesenerfolg“ und als Signal auch für andere

Städte. Die MBI will die Prioritätenliste des unter Zwangsbewirtschaftung stehenden Haushalts der Stadt Mülheim erneut diskutieren und hat schon längst konkrete Vorschläge, wie die Sanierung der Schulen mit eigenen Mitteln gehen kann.

Raimund Echterhoff, Landesfachgruppenleiter Gemeinden von ver.di, verweist in der „taz“ Ruhr darauf, dass die seit 15 Jahren von vielen Städten verfolgte Strategie der Privatisierung auch unter Gesichtspunkten der Haushaltsanierung gescheitert ist.

Die Schulden der Kommunen wachsen, die kommunalen Investitionen, mit denen die lokale Wirtschaft auf Trab gebracht werden könnte, sind „auf historischem Tiefstand“. Der erfolgreiche Bürgerentscheid mache dagegen deutlich, dass die Bürger/innen „die Gestaltung der Daseinsvorsorge nicht privaten Unternehmen überlassen wollen.“ (aus: „Landesinfo“ 2/2005 der PDS NRW)

Einladung

zur nächsten Offenen Mitgliederversammlung der PDS

Hartz IV: Armut für Frauen. Auswirkungen der Arbeitsmarktreform in Essen

Diskussion mit Adelheid Gruber (Essener Frauenhaus) und Gerda Kassner (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Essen)

**Mittwoch, 13. April 2005,
19.30 Uhr, Haus Kalthoff,
E.-Holsterhausen,
Lenbachstr. 3**

Anschließend soll über die weiteren Wahlkampfaktivitäten gesprochen werden.

Vorankündigung:

Bisky kommt!

Sozial geht anders!
Linke Alternative für NRW

Veranstaltung der PDS mit Lothar Bisky, Parteivorsitzender der PDS

Dienstag, 26. April 2005, Ort wird noch bekannt gegeben.

Workshop der PDS-Fraktion im Regionalverband Ruhr (RVR) und des PDS-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen

NRW 2010 – Linke Perspektiven zum Strukturwandel

Samstag, 30. April 2005, 10.00 – 17.30 Uhr,

Revierpark Nienhausen, Gelsenkirchen, Feldmarkstrasse / Stadtgrenze Essen

Bei der Kommunalwahl 2005 hat die PDS NRW die Zahl der Mandatsträger und -trägerinnen in Stadträten, Kreistagen und Bezirksvertretungen mehr als verdoppelt. Eine Folge davon ist, dass Vertreter der PDS in den beiden Landschaftsverbänden, den Regionalräten

und dem Regionalverband Ruhr (RVR) mitmischen. Die Tätigkeit in diesen Organen macht es erforderlich, dass wir uns intensiver mit landespolitischen Entwicklungen und Entscheidungen befassen – ebenso die Beteiligung der PDS an der Landtagswahl im Mai!

NRW und insbesondere das Ruhrgebiet haben in den vergangenen Jahrzehnten einen beispiellosen Strukturwandel erlebt. 1960 „malochten“ rund 550.000 Bergleute im Ruhrgebiet, heute knapp 39.000. Früher arbeiteten 38 % der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich, heute 68 %. Die Konzerne verlagerten ihre Geschäftsfelder, manche verschwanden. Thyssen, Krupp, Hoesch und Teile von Mannesmann verschmolzen.

D a s



PDS-Abgeordnete im RVR: Wolfgang Freye und Tomas Grohé

RWE wurde zu einem der weltweit mächtigsten Energiekonzerne. Die seit Mitte der 60er Jahre sozialdemokratisch geführte Landesregierung verstand sich lange als „soziales Gewissen“ der Bundesrepublik und sicherte den Strukturwandel ab. Der Aufbau von Hochschulen, die Ansiedlung von Opel und ein deutliches Wachstum der Chemischen Industrie prägten die 60er Jahre, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und Technologieparks die 70er und 80er Jahre. In den 90er Jahren kamen weitere Dienstleistungen und neue Wachstumsbranchen wie die Umwelt-, die Medienindustrie und die Medizintechnik hinzu. Die IBA hat viele positive Beispiele der Wiedernutzung von Industriebrachen geschaffen. Eine Million Arbeitslose in NRW, ein weit überdurchschnittlicher Anteil von Langzeitarbeitslosen und wachsende Armut in den Großstädten machen jedoch deutlich, dass die wirtschaftlichen Strukturprobleme in NRW insbesondere im Ruhrgebiet nicht überwunden sind. Durch Hartz IV schnellte die Arbeitslosenquote in Gelsenkirchen auf 26,4 % hoch. Die verschiedenen Regionen des Landes entwickeln sich auch nach dem Sozialbericht der Landesregierung immer weiter auseinander. Mit Billiglohnkonzepten ist kein Arbeitsplatz zu gewinnen – der Regierungspartei SPD, die

heute ebenso wie CDU und FDP auf solche neoliberalen Konzepte setzt, fällt es bei jeder Wahl schwerer, ihre Wähler/innen zu mobilisieren. Und auch die Grünen sind an ihre Grenzen gestoßen.

Fragestellungen

Mit unserem „Workshop“ wollen wir einen ersten Schritt machen, um soziale und solidarische Alternativen zu dieser Entwicklung zu diskutieren.

Einige Fragestellungen sind:

– Was haben die vom Land NRW geförderten „Leuchttürme“ (IT-Unternehmen in Bonn, Medien in Köln, Mikroelektronik in Dortmund usw.) tatsächlich für die Entwicklung der Regionen bewirkt?

– Fördert oder hemmt die Konkurrenz der Großstädte und Regionen untereinander die Entwicklung?

– Was bringen regionale Kooperation und Netzwerke im Ruhrgebiet?

– Welche Rolle könnte dabei eine „Renaissance der Industriepolitik“ spielen – oder müssten nicht weitaus differenziertere Strategien die regionalen Potenziale berücksichtigen und ausbauen?

Wir suchen dabei das Gespräch mit Fachleuten aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, der Raum- und Landschaftsplanung und

der Wissenschaft und betrachten den Workshop als Auftakt zu weiteren Veranstaltungen.

Programm

Als Einstieg in die Konferenz sind mehrere Vorträge geplant:

- Dr. Hermann Bömer, Mitarbeiter am Institut für Raumplanung an der Universität Dortmund und bei der Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memo-Gruppe), wird die makroökonomischen Voraussetzungen für eine wirkungsvolle regionale Strukturpolitik ins Visier nehmen und sich nicht zuletzt am Beispiel „Dortmund-Projekt“ mit den Grenzen der Leuchtturmpolitik („Clusterbildung“) auseinandersetzen.

- Prof. Dr. Roland Günther spricht zum Thema „15 Jahre IBA – was kommt danach?“ und setzt sich mit den Erfahrungen der Internationalen Bau-Ausstellung Escherpark (IBA) auseinander, um daraus Vorschläge für die Fortführung solcher „Reaktivierungsprogramme“ zu entwickeln.

- Tomas Grohé, Regionalplaner und Mitglied der PDS-Fraktion im Regionalverband Ruhr, wird Vorstellungen entwickeln, wie der weitere Strukturwandel an zentralen Nachhaltigkeitskriterien (Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und langfristige ökonomische Vernunft) orientiert werden kann.

- Helmuth Markov, PDS-Abgeordneter im Europaparlament (angefragt), wird sich in diesem Zusammenhang mit der regionalen Förderpolitik der EU und den Konsequenzen für NRW beschäftigen und alternative Kriterien vorstellen.

Anschließend folgt ein Gesprächskreis zum Thema „Bildungs-, Wissenschafts- und Innovationspolitik als Entwicklungsmotor für Regionen“, in dem sich Vertreter aus Wissenschaft, Regionalplanung und Gewerkschaften mit den Leistungen, Defiziten und Möglichkeiten nordrhein-westfälischer Innovationspolitik beschäftigen werden.

In einem dritten Block wollen wir von den Erfahrungen der PDS in Ostdeutschland profitieren:

- Dr. Helmut Holter, der Minister für Arbeit und Raumordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, referiert über die Bedeutung von Leitzielen und Leitbildern bei der Ausarbeitung von landespolitischen Entwicklungsstrategien.

- Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, stellt das Alternative Landesentwicklungskonzept Sachsen (ALEKSA) vor. Zum Schluss soll in einer weiteren Diskussionsrunde ein erster Versuch gemacht werden, gemeinsam mit Kommunalpolitikern und Gewerkschaftern Positionen zu Problemen und anstehenden Projekten zu entwickeln: Im Vordergrund stehen die Opel-Krise, „Urbania“ in Mülheim und die Kaufcenter-Projekte in Duisburg und Dortmund.

Wegbeschreibung

Mit dem ÖPNV: Vom Hauptbahnhof Essen aus mit der U 17 Richtung Gelsenkirchen, vom Hauptbahnhof Gelsenkirchen aus mit der Straßenbahn. Mit dem Auto: A 42-Ausfahrt Gelsenkirchen-Heßler, über die Schalker Straße zur Katernberger Straße in Essen, dort links Richtung Gelsenkirchen-Stadtmitte auf die Nienhausenstraße. Der Revierpark liegt an der Ecke Nienhausen-/Feldmarkstraße.

Bezirksvertretung VII

Krayer Bürger protestieren zu Recht gegen Umweltbelastung!

Die Umweltbelastung des Stadtteils Essen-Kray durch den Shredder-Betrieb der Firma Richter war am Dienstag, 15.2.2005, eins der Hauptthemen der tumusgemäßen Sitzung der Bezirksvertretung VII. Hauptreferent war der Umwelttoxikologe der Kieler Universität, Dr. Hermann Kruse. Er führte aus, dass das Krebsrisiko durch die Luftbelastungen u.a. mit Blei, Nickel Cadmium und Arsen so hoch sei, dass mit zusätzlichen zwei Krebstoten pro 100.000 Einwohner zu rechnen sei. Die Belastung mit PCB ist mit im Jahreschnitt 18 Nanogramm pro Kubikmeter Atemluft fast gleich

Aus den Bezirksvertretungen

geblieben. Ab einer Belastung von 5 bis 7 Nanogramm pro Kubikmeter sind negative Auswirkungen auf die Menschliche Gesundheit zu erwarten. Diese Aussagen beziehen sich auf die Messungen in den Jahren 2000 und 2003.

In der anschließenden Diskussion erhielten die Fraktionen, Einzelvertreter, Bürger und Bürgerinitiativen ein zeitlich begrenztes Rederecht. Die Fraktionen von SPD und CDU beschränkten sich in ihren Ausführungen auf die Reduktion der Stäube durch Filteranlagen bzw. ob Vorsorge- oder Grenzwerte in die Gesetzgebung einzuspeisen seien, so dass man eine Handhabe hat, solche Betriebe zu schließen. Friedrich Klode, Vertreter der PDS in der Bezirksvertretung VII, fragte nach, warum nur Standartmetalle und nur PCB in die Messreihen eingeflossen sind, da auf Grund von erheblichen Mengen Elektroschrott und hochlegierten Metallen auch Halogene und freie Radikale wie Fluor und Brom, sowie weitere NE-Stäube vorhanden sein müssen, die in Wechselwirkung mit den vorhandenen Standartwerten treten könnten. Diese Anregung wurde von Dr.Kruse aufgegriffen und soll in die nächsten Messreihen einfließen. Die Krayer Bürger stellten in ihrer Redezeit fest, dass sie durch die hohe Umweltbelastung stark verunsichert seien und forderten eine schnelle Abhilfe des Problems.

Bezirksvertretung IV

Naturschutz für Siepentäler

„Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, die Quellgebiete im Hexbachtal unter Naturschutz zu stellen. Rat und Verwaltung werden gebeten, die nötigen Schritte einzuleiten.“ Einstimmig angenommen wurde dieser kurze und knappe Antrag der PDS bei der letzten Sitzung der Bezirksvertretung IV. Der von der Koalition von SPD, Grünen und PDS befürchtete Widerstand aus den Reihen der CDU blieb aus. Im Gegenteil: Die CDU schlug vor, den Antrag auf alle Siepentäler im Bereich zu erweitern. Mit dem Antrag reagiert die Bezirksvertretung IV auf Beschlüsse des Mülheimer Stadtrates, an dessen Gebiet das Hexbachtal grenzt. Der neue Landschafts-schutzplan stellt die wasserführenden Teile des Hexbachtals (Bachzuläufe) auf Mülheimer Gebiet unter Naturschutz. Dieser Schritt soll für das Essener Stadtgebiet nachvollzogen werden.

Bezirksvertretung III

Nazis unerwünscht

Mit einer von allen Parteien beantragten Resolution hat sich die Bezirksvertretung III in ihrer letzten Sitzung gegen Nazi-Aufmärsche im Essener Westen ausgesprochen. Wörtlich heißt es in dem Beschluss:

„Angesichts von Überlegungen der Polizei, die von Rechtsextremen für den 16.4.2005 in Essen angemeldete Demonstration im Essener Westen stattfinden zu lassen, schließt sich die Bezirksvertretung III ausdrücklich der Beschlussfassung des Rates vom 23.2.2005 an. Der Aufruf des Aufmarsches, ‚Keine Waffen für Israel!‘, ist dazu geeignet, auf subtile Weise Antisemitismus zu schüren. Dafür darf es keinen Raum in Essen geben!

Die Bezirksvertretung III appelliert an die verantwortlichen Behörden und Gerichte, alles rechtlich Mögliche zu tun, um die Demonstration zu verhindern. Falls dies nicht gelingt, fordert sie alle Einwohnerinnen und Einwohner des Essener Westens auf, sich gegen die geplante Demo zu wehren. Nazis sind in Essen unerwünscht!“

Der Antrag war von der PDS initiiert worden.

Bezirksvertretung III

Eigene Veranstaltung zum 8. Mai

Die Bezirksvertretung III wird zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus eine eigene Veranstaltung ausrichten. Unabhängig voneinander hatten sowohl der Bezirksvorsteher, Bruno Pöllen, und PDS-Vertreter Wolfgang Freye die Initiative dazu ergriffen. Auf Vorschlag des Bezirksvorstehers soll die Veranstaltung allerdings schon am 3. Mai stattfinden, dem Tag der Ankunft amerikanischer Truppen im Essener Westen. Voraussichtlich um 11.30 Uhr soll die Veranstaltung am Friedenskreuz an der Nöggerathstrasse in Essen-Altendorf beginnen. Derzeit geplant sind Beiträge von Pfarrern der beiden Kirchen und des Leiters des Stadtarchivs. Die PDS hat einen weiteren Beitrag einer Vertreterin der VVN-BdA angeregt. Zur Veranstaltung eingeladen sind auch Schülerinnen und Schülern umliegender Schulen.

Cornelia Seltmann, PDS-Vertreterin in der Bezirksvertretung II, hat auch dort einen Antrag für eine eigene Veranstaltung zum 8. Mai eingebracht. Das könnte z.B. auch die Verlegung von „Stolpersteinen“ an einer geeigneten Stelle sein.

In einem weiteren Beschluss der letzten Sitzung sprach sich die Bezirksvertretung III für eine Verlängerung des Besuchsprogramms für Zwangsarbeiter aus. Auch dieser Antrag war von der PDS gestellt worden. In den letzten Jahren fand ein Programm stets im Essener Westen statt. Das Besuchsprogramm ist finanziell noch nicht gesichert. Auch der Ältestenrat will jedoch eine Fortsetzung und sucht Sponsoren.

Bezirksvertretung II

Moorenstrasse: Tempo runter!

Einstimmig hat die Bezirksvertretung II in ihrer letzten Sitzung die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in der Moorenstraße durchzusetzen. Den entsprechenden Antrag hatte die PDS eingebracht. Im letzten Quartal ist ein kleiner Junge vor dem Kindergarten Moorenstraße 41 angefahren worden, weil die Moorenstraße von der Alfredstraße aus als Abkürzung und Rennstrecke zum Klinikum benutzt wird, ohne die vorhandene Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h zu beachten.

Als positives Beispiel sieht die Bezirksvertretung die Kreuzung Pelmannstraße/ Schönleinstraße, die bereits durch Schwellen angehoben worden ist.

Termine

Sonntag, 27.3.

Ostermarsch Ruhr in Essen: 10.00 Uhr, Auftakt zur Fahrrad- etappe. Kultur, Verpflegung, Infostände. Es spricht Bernd Brack (Essener Friedensforum)

Donnerstag, 31.3.

Runder Tisch gegen Rechts. 19.00 Uhr, DGB-Haus, Schützenbahn 11-13 (Heinrich-Imig-Saal)

Montag, 4.4.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro
Was würde Jesus dazu sagen? Potrait von Martin Niemöller. Veranstaltung der DFG-VK. 19.30 Uhr, Grend-Kultur-zentrum, Westfalenstr.311

Dienstag, 5.4.

Last oder Lust – Kinder und Jugendliche in Essen auf dem Abstellgleis? Veranstaltung der Reihe „Essen kontrovers“. 19.00 Uhr, Volkshochschule, Burgplatz 1

Montag, 11.4.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Dienstag, 12.4.

PDS-Kreisvorstand. 19.30 Uhr, PDS-Büro

Mittwoch, 13.4.

PDS-Mitgliederversammlung. 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Samstag, 16.4.

Essen stellt sich quer! Kundgebung und Demonstration gegen einen Nazi-Aufmarsch. Auftakt Willi-Brandt-Platz, Uhrzeit wird noch bekannt gegeben.

Montag, 18.4.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Anzeige

Die PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen sucht eine **Teilzeitkraft/halbe Stelle.**

- Die Aufgaben sind u.a.:
- Zuarbeit für die Mitglieder der PDS-Ratsgruppe einschließlich der Bezirksvertreter,
 - Kontakte, Terminabsprachen,
 - Auswertung des Pressespiegels,
 - Protokollführung bei Sitzungen der Gruppe.

Voraussetzungen sind:

- Kenntnisse in der Büroverwaltung,
- Kenntnisse und Engagement in kommunalpolitischen Fragen,
- ausreichende Kenntnisse in der deutschen Rechtschreibung,
- Bedienung eines PC, incl. Kenntnisse von Microsoft-Office-Programmen.

Arbeitsort ist Essen im Büro der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen. Die halbe Stelle soll in Anlehnung an BAT 5b bezahlt werden. Arbeitszeiten nach Vereinbarung, Arbeitsantritt möglichst im April 2005. Frauen werden bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen bitte bis zum 31. März 2005 an PDS-Ratsgruppe Essen, An St. Marien 1, 45141 Essen

Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Stadtrinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname Straße

.....
Postleitzahl, Ort

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.

Impressum:

„Stadtrinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen, An St. Marien 1, 45141 Essen.

Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906,

www.pds-essen-im-rat.de, e-mail: buero@pds-essen-im-rat.de

Auch in Essen Migranten ausgebürgert

Neues Staatsbürgerschaftsrecht löst Probleme nicht

Durch eine Änderung im Staatsangehörigkeitsrecht, die bereits am 1.1.2000 in Kraft trat, verloren auch in Essen Migranten ihre deutsche Staatsangehörigkeit. Die Essener Ausländerbehörde kann dazu keine genauen Zahlenangaben machen, berichtete aber im März dazu im Integrationsbeirat und Integrationsausschuss.

Dabei wurden auch Fragen beantwortet, die die PDS-Ratsgruppe in einem Brief ans Ausländeramt aufgeworfen hatte.

Hintergrund der Probleme ist, dass das seit dem 1.1.2000 gültige neue Staatsangehörigkeitsgesetz eine Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft ermöglicht, wenn eine zweite Staatsbürgerschaft angenommen wird. Menschen, die nach erfolgreichem Abschluß des langwierigen Prozesses zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft bei ihrer Botschaft zusätzlich wieder einen Paß ihres Herkunftslandes beantragt haben, verlieren die deutsche Staatsbürgerschaft, sobald sie ihn erhalten und fangen ausländerrechtlich wieder bei "Null" an. Davon betroffen sind viele, deren Anträge schon vor dem 1.1.2000 gestellt, aber erst jetzt bearbeitet wurden.

Vor allem die türkischen Behörden haben ihre ehemaligen Staatsan-

gehörigen oft geradezu gedrängt, die türkische Staatsbürgerschaft zusätzlich zur deutschen anzunehmen. Vielfach konnten sonst die Migranten aus der Türkei dort weder Erbschaften antreten noch sich in der ehemaligen Heimat beerdigen lassen. Hakki Keskin, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschlands, hat darauf hingewiesen, dass bundesweit bis zu 50.000 Menschen türkischer Herkunft und Tausende von Aussiedlern vom Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft bedroht sind.

Nach Aussage des Ausländeramtes sind in Essen zwischen 2000 und 2004 etwa 2.500 türkische Staatsbürger eingebürgert worden. Es liegen keine Zahlen darüber vor, wie viele davon wieder die türkische Staatsbürgerschaft beantragt bzw. erhalten haben, da die türkischen Behörden darüber bisher keine Mitteilung gemacht haben. Oft wissen die

Betroffenen selbst nichts davon, dass sie die türkische Staatsbürgerschaft haben, weil die türkischen Behörden die Pässe noch nicht zugestellt haben.

Doppelte Staatsbürgerschaft zulassen!

Das ganze Dilemma wird durch das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht hervorgerufen, dass nach wie vor eines der rückständigsten in Europa ist. Die PDS hat sich stets für die dauerhafte Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft ausgesprochen, für die es viele Gründe gibt. Eine solche doppelte Staatsbürgerschaft ist jedoch bei Menschen über 18 Jahre grundsätzlich ausgeschlossen. Für die PDS wäre es in der jetzigen Situation das Mindeste, den Vorschlag der türkischen Gemeinde Deutschlands aufzugreifen, dass die Betroffenen zunächst informiert werden und die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verlieren, wenn sie auf die türkische Staatsangehörigkeit wieder verzichten.

Eine solche Vorgehensweise lehnt das Ausländeramt Essen allerdings unter Berufung auf Anweisungen der Bundesregierung ab. Im Integrationsbeirat stieß es damit auf Kritik. Darüber hinaus möchte der Integrationsbeirat erreichen, dass das Ausländeramt das Vorliegen der Voraussetzungen zur Einbürgerung bei einem erneuten Antrag auf einen deutschen Pass nicht ein zweites Mal prüft. Es besteht sonst die Gefahr, dass z.B. Menschen, die zwischenzeitlich arbeitslos geworden sind, nicht mehr eingebürgert werden. Weiter forderte der Integrationsbeirat, dass die Gebühren im Einbürgerungsverfahren nicht erneut erhoben werden.

Diese Forderungen unterstützt die PDS. Darüber hinaus forderte die PDS-Ratsgruppe zusätzliche

Beratungsangebote für die Betroffenen. Das Ausländeramt sagte zu, dass insbesondere die Ansprechpartner in den Migrantenvereinen über die Rechtslage umfassend informiert werden, so dass sie Fragen ihrer Mitglieder beantworten können.

Gabriele Giesecke

Wieder Antragsrecht für Ratsgruppen

Eine positive Wendung hat die Frage der Antragsrechte für Gruppen und Einzelratsmitglieder genommen. Nach einer Vereinbarung des Ältestenrates erhalten sie wieder Antragsrechte in Rat, Ausschüssen und Bezirksvertretungen. Damit ist die demokratische Praxis der letzten Wahlperiode wieder hergestellt. Die Ratsmehrheit hatte eine Fortführung der alten Regelungen zunächst abgelehnt. Nach der Gemeindeordnung haben nur Fraktionen ein einklagbares Antragsrecht.

Über die Gründe des Sinneswandels kann man nur spekulieren. Er kam kurz nach einem Gespräch von PDS, DKP und AUF über die Bildung einer gemeinsamen, linken Fraktion, um so der Ausgrenzung entgegen zu treten. Eine Fraktion hätte dann auch Ansprüche auf finanzielle Zuwendungen der Stadt.

In den Ausschüssen des Rates sind Gruppen und Einzelmitglieder allerdings weiter nur in zwei Ausschüssen pro Ratsmitglied. In der letzten Wahlperiode waren die Gruppen in allen Ausschüssen mit beratender Stimme.

Muslime unerwünscht ...

Der hohe Stellenwert des Jugendhilfe-Ausschusses macht sich auch an seiner Zusammensetzung bemerkbar: nicht nur Ratsmitglieder sind hier stimmberechtigt, sondern auch Vertreter von Jugend- und Wohlfahrtsverbänden. Natürlich sind auch kirchliche Vertreter dabei. Die evangelische und katholische Kirche ist ebenso vertreten, wie die jüdische Kultusgemeinde, die muslimische Glaubensgemeinschaft allerdings nicht.

Die PDS hat deshalb bei der

Bildung des Ausschusses einen Sitz für einen Vertreter muslimischer Gemeinschaften gefordert, wohl wissend, dass es natürlich innerhalb dieser Gruppe verschiedene Gemeinschaften gibt. Der Antrag wurde auch mit den Stimmen der Grünen abgelehnt, die für sich immer noch in Anspruch nehmen, dass Migration ihr Thema ist. Die Gegenrede hielt übrigens Burak Copur, Vorsitzender des neugebildeten Ausschusses für Zuwanderung und Migration.

Markus Renner